

## **ANTRAG**

**des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos**

**Ministerpräsidentin für alle Bürger von Mecklenburg-Vorpommern**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag bekräftigt,

1. dass für den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, alle Angehörigen der Landesregierung und sonstigen Amtsträger die politische Neutralitätspflicht gilt.
2. dass der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern im Dienste aller Bürger des Landes steht, und zwar unabhängig von deren Wahlverhalten oder politischer Positionierung.
3. dass der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern die Pflicht zur Einigung der Gesellschaft und zum Brückenbau über bestehende Gräben hinweg hat, nicht aber einer Spaltung des Landes und der Ausgrenzung eines Teils der Bürger derselben Vorschub leisten darf.

**Holger Arppe, MdL**

**Begründung:**

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat sich auf dem Bundeskongress der SPD-Parteijugend, den Jusos, in Schwerin am 23. November 2019 auch zu einem zeitgleich im Ostseebad Binz auf Rügen stattfindenden Treffen von Mitgliedern und Sympathisanten der AfD geäußert. Ferner wurde auf einer von Frau Schwesig ausdrücklich unterstützten Protestkundgebung linker bis linksextremer Kräfte vor dem Tagungshotel durch den Landtagsabgeordneten, Julian Barlen, ein Grußwort der Ministerpräsidentin verlesen. Darin hat sie die AfD und vor allem auch deren zahlreiche Wähler in einer Weise diffamiert und kriminalisiert, die mit der politischen Neutralitätspflicht einer Regierungschefin kaum vereinbar sein dürfte.

Die Rechtsprechung bezüglich öffentlicher parteipolitischer Positionierungen von Amtsträgern ist zugegebenermaßen widersprüchlich, vor allem wenn diese eine Doppelrolle als Regierungsmitglieder und Parteipolitiker spielen. Doch gerade eine Ministerpräsidentin sollte alles unterlassen, was die unzweifelhaft bereits vorhandene Spaltung des Landes weiter vertieft. So hätte Frau Schwesig in ihrer Eigenschaft als Landesvorsitzende der SPD das AfD-Treffen in Binz durchaus kritisieren können, aber an gleicher Stelle ihrer Verantwortung als Ministerpräsidentin gerecht werden und sich zu Meinungs- und Redefreiheit sowie zu politischem Pluralismus bekennen müssen, mithin zum Recht der AfD, ein solches Treffen durchzuführen.